

Kantone wollen im EU-Dossier früher mitreden

Der Zuger FDP-Regierungsrat Matthias Michel stösst mit seinen Forderungen im Ständerat auf offene Ohren

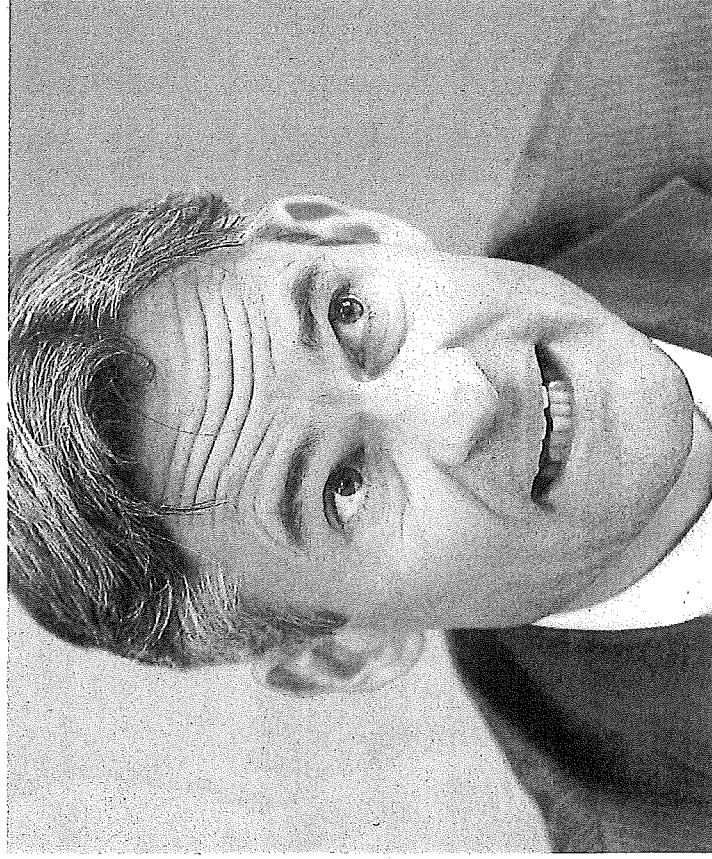
Von Beni Gafner, Bern

Die Kantone fordern mehr Einfluss auf die Aussenpolitik des Bundes. Das Problem hinter dieser Forderung beschäftigt die Regierungsräte schon länger: Verhandlungen des Bundesrats mit der EU tangieren immer mehr die Kantonshoheit.

Am Freitag nun hat in dieser Sache der Zuger Landammann und Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel (FDP) bei der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates (APK) vorgesprochen. Michel ist Vorsitzender der Europakommission innerhalb der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Er stellte vor den Aussenpolitikern des Ständerats drei Hauptforderungen auf, die er gestern auf Nachfrage der BaZ erläuterte. Demnach fordern die Kantone, früher als bisher vom Bund über Verhandlungspläne und Erörterungsgespräche mit der EU informiert zu werden. Bei den Verhandlungspositionen des Bundes verlangt die KdK ein frühzeitiges Mitspracherecht. Und drittens wollen die Kantonsregierungen, dass ihre Stellungnahmen im Meinungsbildungsprozess des Bundes stärker gewichtet werden.

Fortschritte erzielt

Es war Anfang Februar, als Michel in der BaZ als Präsident der Europakommission der Kantonsregierungen bereits bemängelte, dass in der Schweiz zwei Geschwindigkeiten gefahren würden, wenn es um die Europapolitik des Bundes gehe. «Das kommt mir so vor», so Michel damals, «wie bei einem Fussballspiel, bei dem die sieben Bundesräte als Frontstürmer gegen die Mannschaft der EU auf den Rasen rennen und den Rest



Verhandlungspoker. Matthias Michel, Vorsitzender der Europakommission der Kantonsregierungen stellt Forderungen auf. Foto Keystone

der Schweizer Mannschaft (die Vertreter der Kantonsregierungen) muss man noch in der Garderobe suchen gehen.» Grund für diese Aussage vom Februar war, dass die Kantonsregierungen aus den Medien die Inhalte der bundesrätlichen Roadmap gegenüber der EU erfuhr: Stromabkommen, Steuerfragen, eine Chemikalienverordnung sowie weitere beabsichtigte Verhandlungsbereiche im Agrar- und Gesundheitssektor. Verbesserungen hat es seit her gegeben. So vermerkt Landammann Michel heute positiv, dass nun ein regelmässiger Informationsaustausch zwi-

schen den beteiligten Bundesstellen und einer Delegation des leitenden Ausschusses der KdK etabliert worden sei. Alle zwei Monate fänden entsprechende Sitzungen statt, so Michel.

Wenig konkret im Vergleich dazu sind hingegen die Wege, auf denen die Kantone frühzeitig auf Bundesebene mitwirken können, wenn es um konkrete Verhandlungsinhalte und -positionen der Schweiz gegenüber der EU geht. Dies sei einer der Hauptgründe gewesen für seinen Auftritt vom Freitag vor der APK, sagte Michel. Einer verstärkten Einbindung der Kantone in die Eu-

ropapolitik des Bundesrates kommt nach Auffassung Michels hohe Bedeutung zu. Es gelte im Sinne des Föderalismus Lösungen zu finden, die auch vom Volk getragen würden. Vor allem im Bereich der Holdingbesteuerung und der Besteuerung gemischter Gesellschaften, zum Beispiel der Rohstoffhändler, geht es in den Kantonen um Milliardenentnahmen. Die EU bezeichnet in diesem Zusammenhang die oft tiefen Unternehmenssteuersätze der Schweiz als «wettbewerbsverzerrend» und als «illegale staatliche Subventionen». Für Michel ist vor diesem Hintergrund umso wichtiger, dass die Kantone im Verhandlungsprozess massgeblich mitwirken können.

Kantonsvertreter beim Bund

Nach eigenem Empfinden ist Landammann Michel mit seinen Ausführungen vor der APK des Ständerats am Freitag auf offene Ohren gestossen. Gleich lautet dazu die Auskunft von APK-Präsident Hannes Germann (SVP). Germann stellte in Aussicht, dass die APK an ihrer nächsten Sitzung Vorschläge erarbeiten wolle, wie den berechtigten Anliegen der Kantone künftig Nachachtung verschafft werden könne.

In den Fokus der ständerätlichen Aussenpolitik dürfe dabei das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik (BGMK) treten. Die Konferenz der Kantonsregierungen fordert in diesem Gesetz eine Stärkung ihrer Informations- und Mitwirkungsrechte. Ein weiterer denkbarer Weg wäre, in den massgeblichen Stellen der Bundesverwaltung Kantonsvertreter einzusetzen, die frühzeitig ihre Regierungsräte informieren und auf deren Geheiss handeln können.

Kommentar

Mitsprache ist sinnvoll

Von Beni Gafner

Darüber besteht Konsens: Der Streuerwerb unter den Kantonen ist einer der Hauptgründe für Ausgabendisziplin und gesunde Haushalte. Auf der Einnahmenseite ist die Holdingbesteuerung eine wichtige Geldquelle vieler Kantone. Holdings ausländischer Firmen werden oft als aktive Konzernleitungsgesellschaften gegründet und in der Schweiz betrieben. Dadurch dürfen die Gewinne in der steuerergünstigen Schweiz versteuert werden.

Die EU will das nicht. Formal bemängelt sie unterschiedliche Steuersätze zwischen neu angesiedelten Holdings und alten. Der EU geht es aber nicht um Steuergerechtigkeit innerhalb der Schweiz, sondern um Geld. Sie will, dass die Holdings die Schweiz verlassen und durch hohe Steuern EU-Kassen füllen. Der Bundesrat will verhandeln. Ihm trauen hierzulande immer weniger. Eine verstärkte Mitsprache der Kantone ist deshalb sinnvoll. Sie könnte die Position der Schweiz stärken. beni.gafner@baz.ch